

## Aufforderung zum Einlenken

Über 400 Besuchern verfolgten in der Turnhalle der Dänischen Schule die erste Info-Veranstaltung des Amtes Südtondern zum Thema CO<sub>2</sub>-Endlager.

**Leck/stb** – Dr. Hans-Wilhelm Schiffer von der RWE AG in Essen beharrte auf seiner Ansicht: „CCS ist für die Minderung des Kohlendioxid unverzichtbar.“ Schiffer sprach sich zwar für den Ausbau erneuerbarer Energien aus, doch das reiche nicht aus. Er plädierte für eine „Sowohl als auch“-Lösung. Keine Veranlassung sah er dafür, dass RWE seinen Antrag auf Durchführung von Untersu-

chungen zurückziehen solle. Man sei stets bereit, über die Pläne aufzuklären.

„Ich scheue mich davor, von CCS-Technik zu sprechen“, so Alexander Boehringer vom Umweltbundesamt. Es handele sich vielmehr um eine CCS-Blaupause. „Wir brauchen weitere Forschungen.“ Auch,

wenn CCS-Technologie als Notnagel fungieren solle, müsse sie funktionieren. Wirkungen auf Gesundheit und Umwelt seien nicht ausreichend bekannt. Boehringer mahnte die Bevölkerung, durch Energie-Einsparungen aktiv einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung

zu leisten. „Der gelbe Aufkleber auf einem Allrad-Geländewagen – das ist ein Widerspruch in sich.“

Hartwig

Woerdemann, Sprecher der Greenpeace-Gruppe Flensburg, sprach sich nicht grundsätzlich gegen CCS-Technologie aus: „Wir sind nicht weltfremd, aber es muss weiter geforscht werden.“ Ohne Eile.

Heiko Thede, Geschäftsführer des Zweckverbandes Wasserversorgung „Drei-

**„Wir brauchen  
weitere  
Forschungen.“**

Alexander Boehringer



Nach dreieinhalb Stunden verließen viele Besucher, teils verärgert, die Halle. Amtsdirektor Otto Wilke (stehend) löste die Versammlung auf (v.l.) Alexander Boehringer, Heiko Oppermann (RWE Dea AG), Dr. Hans-Wilhelm Schiffer, Udo Schmäschke (Amt Südtondern). Foto: Stephan Bülick

Harden“, verwies auf die Risiken für die in der Region ohnehin geringen Grundwasser-Vorkommen, wenn CO<sub>2</sub> unter einem Wasserschutzgebiet eingelagert werde. Bei Eindringen von Salz sei das Grundwasser nicht mehr brauchbar. Weitere Gefahren für die Deckschichten zwischen Oberflächen- und Grundwasser sowie Leitungen gingen von den 10 000 für die Voruntersuchung geplanten Sprengungen aus. „Kaum jemandem ist etwas über mögliche Folgen auf das Grundwasser bekannt.“ Selbst beim Umweltministerium wisse man da wenig. Thede kritisierte, dass sich der Bundesverband Energie

und Wasserwirtschaft auf die Seite der Energie-Versorger geschlagen habe. „Das scheint die Lobby-Arbeit ja zu klappen.“ Schon jetzt habe die CO<sub>2</sub>-Endlager-Diskussion und die Gefahren für die Wasserqualität für Niebüll erste Konsequenzen, so Thede. Ein Getränkefabrikant überdenke bereits seine Pläne, sich hier anzusiedeln – aus Sorge vor einem schlechten Image seiner Produkte.

Prof. Dr. Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg widersprach der Annahme, ohne CCS sei eine CO<sub>2</sub>-Reduzierung nicht zu machen. Ausführlich ging er auf unsinnige und kostenintensive Kohleex-

porte, die Gefahr von austretendem CO<sub>2</sub> für Mensch und Tier („Zehn Prozent können schon tödlich sein“) ein. „Mit CCS hochgezüchtete Steinkohlekraftwerke führen zur Begrenzung von regenerativen Energien“, so Hohmeyer. Das sei sehr gut in Großbritannien zu beobachten. Hier sei deren Anteil auf 35 Prozent gedeckelt, Energiekonzerne drohten dem Staat mit einem Investitionsstopp bei Kraftwerken. CCS-Forschung müsse transparent, unabhängig und sicher sein, so Hohmeyer. Er rief die Anwesenden zu weiteren Aktivitäten auf, um die Politiker an ihre Verantwortung zu erinnern: „CO<sub>2</sub> wird Sie so

schnell nicht loslassen.“

Das Gro der kritischen Fragen aus dem Publikum richtete sich an den RWE-Vertreter. Der zeigte sich un-nachgiebig. Diskussionsleiter und Amtsdirektor Otto Wilke erinnerte Dr. Hans-Wilhelm Schiffer daran, RWE habe das Versprechen gegeben, ein CO<sub>2</sub>-Lager nicht gegen den Widerstand der Menschen durchsetzen zu wollen. Kreistag und Ämter, Verbände, Politik, Wirtschaft und die Bevölkerung seien sich in der Ablehnung einig. „Wenn RWE seine Aussage ernst meint, ist es an der Zeit, ein Zeichen zu setzen und beim Bergbauamt den Antrag zurückzuziehen“, so Wilke.

